

INFOBRIEF MIGRATION UND INTEGRATION IM LANDKREIS HEILBRONN

Mai 2026

Neues aus dem Sachgebiet „Integrationsplanung“

Integrationsbeauftragter im Amt für Migration und Integration

Herr Jonas Förderreuther, Integrationsbeauftragter, wird das Landratsamt Heilbronn zum 31.05.2026 verlassen. Es ist geplant, die Stelle zeitnah nachzubesetzen. Eine entsprechende Stellenausschreibung wird noch veröffentlicht. Ab dem 27.05.2026 können Sie sich mit dringenden Anliegen zum Thema Integration an Integration@landratsamt-heilbronn.de wenden.

Neue Sprachtreffs Deutsch im Landkreis Heilbronn

Im Mai sind zwei neue Deutschtreffs für Bewohner*innen des Landkreises Heilbronn gestartet, die ihre Deutschkenntnisse verbessern und neue Kontakte knüpfen wollen:

- **Sprachtreff B2/C1 in Heilbronn:**
Mittwoch, 15:00 - 18:00 Uhr, VHS Heilbronn (Kirchbrunnenstraße 12, 74072 Heilbronn, Raum 209)
- **Sprachcafé für Frauen in Bad Friedrichshall:**
Freitag, 09:00 - 12:00 Uhr, GU Bad Friedrichshall (Am Plattenwald 6, 74177 Bad Friedrichshall)

Im Juni starten außerdem drei weitere Deutschtreffs:

- **Deutschlerntreff A2/B1 in Lauffen:**
Start am 10.06.2026
Mittwoch, 17:30 - 19:45 Uhr, Stadtbücherei Lauffen (Bahnhofstraße 54, 74348 Lauffen)
- **Sprachtreff „Schreibwerkstatt B1“ in Heilbronn:**
Start am 11.06.2026
Donnerstag, 13:00 - 16:00 Uhr, Bistro HR7 beim Bildungspark Heilbronn-Franken gGmbH (Hans-Rießler-Straße 7, 74076 Heilbronn)
- **Sprachtreff A1 in Wüstenrot:**
Start am 12.06.2026
Freitag, 15:00 - 18:00 Uhr, Altes Rathaus in der Wellingtonien-Stube (Hauptstraße 11, 71543 Wüstenrot)

Alle Treffs werden vom Landkreis Heilbronn und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration finanziell gefördert. Teilnehmen dürfen alle, die im Landkreis Heilbronn wohnen und Lust haben, auf Deutsch zu kommunizieren, auch mal einen

gemeinsamen Ausflug zu unternehmen und neue Freundschaften zu schließen. Interessierte können sich vorher anmelden, aber auch einfach spontan vorbeikommen. Informationen zu weiteren Sprachtreffs erhalten Sie bei Kirsten Weimar unter K.weimar@landratsamt-heilbronn.de (dienstags bis donnerstags) oder unter deutschkurse@landratsamt-heilbronn.de.

Veranstaltungshinweise

21.05.2026, 09:00 - 12:00 Uhr, online

Online-Schulung „Aufenthaltsverfestigung durch Ausbildung und Arbeit“ in Kooperation mit „mira – Mit Recht bei der Arbeit“

In Kooperation mit der Beratungsstelle „[mira – Mit Recht bei der Arbeit!](#)“ bietet NIFA plus das Online-Grundlagenseminar „Aufenthaltsverfestigung durch Ausbildung und Arbeit“ an. Dieses richtet sich an alle Personen, die ehren- oder hauptamtlich geflüchtete Menschen in ihrem Alltag unterstützen und begleiten. Eingeladen sind insbesondere diejenigen, die aktuell Geduldete oder von Abschiebung bedrohte Menschen beraten, die auf der Suche nach Arbeit oder Ausbildung sind und sich hierfür sowohl zu aufenthaltsrechtlichen als auch zu arbeitsrechtlichen Grundlagen informieren möchten. Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt. Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

02.06.2026, 17:00 - 18:30 Uhr, online

Pro Bono Allianz Deutschland – Digitalkonferenz

Die Digitalkonferenz der Pro Bono Allianz Deutschland bietet Ihnen die Möglichkeit, das Potenzial von pro Bono für Ihre Organisation zu entdecken bzw. auszubauen. Ob Einsteiger*in oder erfahren im Pro-Bono-Engagement – die Digitalkonferenz richtet sich an gemeinnützige Organisationen, die mit Fachexpertise zukunftsfähiger und wirkungsvoller werden wollen. Lernen Sie Pro-Bono-Mittlerorganisationen kennen, die die richtigen Fachexpert*innen für Ihre Bedarfe haben und erhalten Sie einen Überblick über die vielseitigen Pro-Bono-Angebote. Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

09.06.2026 & 10.06.2026, 09:00 - 13:00 Uhr, online

Online-Workshop: Grundlagenwissen und Sensibilisierung zu FGM/C

[Plan International e.V.](#) organisiert einen zweitägigen digitalen Workshop für Fachkräfte mit dem Thema „Grundlagenwissen und Sensibilisierung zu weiblicher Genitalverstümmelung (FGM/C)“. Die praxisorientierte Fortbildung richtet sich an Fachkräfte aus den Bereichen Soziale Arbeit, Pädagogik, Medizin und Schulwesen sowie an weitere Interessierte und vermittelt fundiertes Wissen zum Thema FGM/C. Sie bereitet sie darauf vor, professionell mit Risiko- und Gefährdungssituationen umzugehen. Der interaktive Workshop bietet Raum für Austausch und Reflexion und verbindet theoretische Grundlagen mit praxisnahen Fallbeispielen. Begleitende Lesematerialien werden zur Verfügung gestellt. Es ist eine Anmeldung bis zum **30.05.2026** erforderlich. Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt. Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

10.06.2026, 09:00 - 16:00 Uhr, Berlin oder online

Jahreskongress der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA)

Im Rahmen des Jahreskongresses der MIA stellt diese ihren Jahresbericht 2025 vor und diskutiert gemeinsam mit Expert*innen aktuelle Erkenntnisse und Entwicklungen zum Thema Antiziganismus in Deutschland. Ein besonderer Fokus liegt dieses Jahr auf dem Schwerpunktthema „Antiziganismus und Wohnen“, das im Rahmen eines Panels vertieft wird. Darüber hinaus bietet der Kongress Raum für Austausch und Vernetzung. Weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

30.06.2026, 09:15 - 17:00 Uhr, online

2. Ludwigsburger Gespräche zum Ausländer- und Flüchtlingsrecht

Am 30.06.2026 finden die 2. Ludwigsburger Gespräche zum Ausländer- und Flüchtlingsrecht als Online-Fachtagung statt. Unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Dr. Elisabeth Badenhausen-Fähnle, Prof. Wolfgang Armbruster und Dr. Philipp Wittmann stehen aktuelle Fragen der Identitätsklärung und Pass- bzw. Passersatzbeschaffung im Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht im Mittelpunkt. Ausgangspunkt ist das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Dezember 2025 („Erst der Pass, dann der Rest“), das das Stufenmodell zur Identitätsklärung im Einbürgerungsverfahren verschärft hat. Die Tagung beleuchtet die Bedeutung geklärter Identität auf allen Aufenthaltsebenen. Die Veranstaltung setzt auf den Austausch zwischen Wissenschaft, Migrationsverwaltung, Rechtsprechung und Anwaltschaft und adressiert damit rechtliche wie praktische Herausforderungen. Zielgruppe sind Mitarbeitende in Flüchtlings-, Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht, Integrationsbeauftragte sowie Gleichstellungs- und Chancengleichheitsbeauftragte. Es ist eine Anmeldung bis zum **12.06.2026** erforderlich. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

Neues aus dem Bereich Migration und Integration

Bundesprogramm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt – vor Ort. Vernetzt. Verbunden.“

Das Bundesprogramm „[Gesellschaftlicher Zusammenhalt – vor Ort. Vernetzt. Verbunden.](#)“ (BGZ) fördert im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI) Projekte, die das Miteinander in den Städten und Kommunen nachhaltig positiv verändern und lokale Institutionen sowie Strukturen interkulturell öffnen – mit maximal 70.000 € jährlich. Sie bringen Menschen integrativ sowie innovativ ins Gespräch und bauen Vorurteile ab. Zudem schaffen die Projekte konkrete Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement, stärken die Kompetenzen von Zugewanderten, befähigen sie, aktiv am sozialen Leben teilzunehmen und flankieren den Spracherwerb. In den Projekten sollen vertrauensvolle soziale Beziehungen entstehen, die gelingende Integration und ein tolerantes und solidarisches Miteinander vor Ort ermöglichen. Dies bildet die Basis für einen starken Zusammenhalt in der Gesellschaft, wie ihn das Bundesprogramm versteht und fördert: ein Gemeinwesen, dem sich alle Menschen verbunden fühlen, das Teilhabe ermöglicht, in dem Vielfalt Akzeptanz findet und demokratische Werte gelebt werden. Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte für gesellschaftliches Engagement zu gewinnen und somit das Ehrenamt zu stärken, sind ebenfalls wichtige Elemente des Bundesprogramms. Das BGZ setzt im direkten Lebensumfeld der Menschen an, wobei konkrete Herausforderungen im Stadtteil, der Kommune und der

Nachbarschaft im Fokus stehen. Für diese sollen gemeinsame Lösungen und innovative Ansätze entwickelt werden. Gefördert werden ausschließlich neukonzipierte und schlüssige Projektideen, die die zuvor genannten Ziele verfolgen, einen klar erkennbaren roten Faden aufweisen und zu den nachfolgenden Themenschwerpunkten passen:

- Interkulturelle Öffnung – Engagement stärken, Teilhabe ermöglichen, Begegnungen schaffen
- Innovation für die Zukunft – Impulse für den Zusammenhalt
- Integrations- und Erstorientierungskurse – Sprachpraxis stärken, Teilhabe fördern, Sozialräume erschließen
- Für Vielfalt und Toleranz – Beiträge zum Abbau von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus

Die Frist zur Einreichung von Interessenbekundungen endet am **30.06.2026**. Geplant ist ein Projektstart zum **01.01.2027**. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Bewährt vor Ort Siegel 2026

Kommunen sind zentrale Orte, an denen im Zusammenspiel von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und engagierten Bürger*innen praxistaugliche Lösungen entstehen. Das Siegel „Bewährt vor Ort“ zeichnet solche kommunalen Innovationen aus – Projekte, Verwaltungspraktiken oder Kooperationsmodelle aus Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Social Start-ups, die sich bewährt haben und übertragbar sind. Bei „Bewährt vor Ort“ handelt es sich um eine Initiative des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB), ProjectTogether und des Verbands für kommunales Management (KGSt). Eine unabhängige Jury bewertet nach Alltags-tauglichkeit und Übertragbarkeit. Das Ziel ist, gute Lösungen sichtbar zu machen, Nachnutzung zu fördern und eine lernorientierte Verwaltungsstruktur zu stärken. Gesucht werden kommunale Lösungen in folgenden Bereichen:

- Zukunftsfähiges Bauen und Wohnen
- Gesund leben in einer Welt im Wandel
- Nachbar*innen werden
- Verwaltung als Partner*in – Koproduktion vor Ort

Das Siegel wird im September 2026 auf dem KGSt-Forum in Leipzig vergeben. Der Bewerbungszeitraum für die dritte Runde läuft noch bis zum **15.07.2026**. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Rainbow Shelter – Gewaltfrei Ankommen: Die Rechte von queeren Geflüchteten in Aufnahmeeinrichtungen

Queere Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen stehen vor vielen Herausforderungen und machen leider immer wieder leidvolle Gewalterfahrungen. Darum ist es wichtig, dass Betroffene Unterstützung bekommen und Mitarbeitende in den Einrichtungen, bei der Polizei und weiteren Stellen wissen, wie sie handeln sollen. Dabei hilft das Projekt [„Rainbow Shelter – Gewaltfrei Ankommen: Die Rechte von queeren Geflüchteten in Aufnahmeeinrichtungen“](#). Im Rahmen des Projekts wurde eine mehrsprachige Internetseite mit Informationen für Betroffene und Beratungsstellen erstellt. Zudem finden kostenlose Beratung und Schulungen zu Gewaltschutz und Prävention sowie zu den Rechten von queeren Geflüchteten statt. Rainbow Shelter ist ein deutschlandweites Projekt des Familien- und Sozialvereins des LSVD-Verband

Queere Vielfalt Köln e.V: und Partnerorganisation der Bundesinitiative „[Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften](#)“ des LSVD.

Mediendienst Integration: Weniger Zuwanderung, besonders aus der EU

Im Jahr 2025 kamen deutlich weniger Menschen aus dem Ausland nach Deutschland als in den Vorjahren. Ein Grund sind die gesunkenen Asylantragszahlen. Es kamen aber auch weniger Arbeitsmigrant*innen als zuvor – das zeigt eine Übersicht des Mediendienstes Integration zu den Einwanderungszahlen. Mit Blick auf Migration aus EU-Staaten zeigt sich sogar, dass mehr EU-Bürger*innen Deutschland verließen, als neu hinzukamen. Sie finden die Übersicht [hier](#).

GEAS-Reform: Was ändert sich für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge?

Eines der erklärten Ziele der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) war es, den Schutz vulnerabler Personen zu verbessern – etwa für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In einer neuen Publikation analysieren der Bundesfachverband Minderjährigkeit und Flucht e.V. (BuMF) und die Kinderrechtsorganisation Terre Des Hommes, was die neuen GEAS-Regeln für unbegleitete Minderjährige in Deutschland bedeuten. Ihr Fazit: Nur durch klare Zuständigkeiten, behördenübergreifende Kooperation sowie Schulungen für alle Beteiligten kann das neue System zum Schutz der Kinder und Jugendlichen beitragen. Sie finden die Publikation [hier](#).

Wie die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen gelingt – Neue Publikation zur Arbeitsmarktteilhabe von Frauen mit Fluchterfahrung

Trotz hoher Motivation und guten Potenzialen finden geflüchtete Frauen oft nur schwer in den Arbeitsmarkt. Die Hauptgründe sind der stark formalisierte Arbeitsmarkt in Deutschland, Sprachhürden und fehlende Kinderbetreuung. Das zeigt eine neue Publikation zur Arbeitsmarktteilhabe von Frauen mit Fluchterfahrung. Die Wissenschaftler*innen zeigen auf, in welchen Fällen es besser läuft: Etwa, wenn gute Netzwerke bestehen oder Unternehmen bereit sind, Zeit und Personal in die Integration der neuen Angestellten zu investieren. Zahlen und Studien zu Flüchtlingen am Arbeitsmarkt finden Sie [hier](#). Sie finden die Publikation [hier](#).

Gerne nehmen wir Veranstaltungshinweise und Anregungen zum Infobrief entgegen! Anmeldungen zum Infobrief können Sie an Integration@landratsamt-heilbronn.de richten.